

## **Psychische Belastungen in der Arbeitswelt nehmen 2022 weiter zu: So viele Arbeitsunfähigkeitstage wie noch nie**

**Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Psychische Belastungen in der Arbeitswelt“ (BT-Drs. 20/9623 und 20/8987) von Susanne Ferschl u.a. Fraktion DIE LINKE. im Bundestag**

### **Zusammenfassung:**

Psychische Erkrankungen in der Arbeitswelt nehmen weiter an Bedeutung zu. Gegenüber 2021 ist die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen um weiter 4 Millionen Tage auf einen neuen Höchstwert von insgesamt 130 Millionen Tage gestiegen. Im Zehnjahrestrend haben sie die Zahlen damit mehr als verdoppelt (61 Millionen in 2012). Während bei Frauen die AU-Tage gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % auf 77 Millionen gestiegen sind, nahmen sie bei Männern um 4 % auf 53 Millionen zu. Die durchschnittliche Ausfallzeit aufgrund psychischer und Verhaltensstörungen liegt mit 32 Tagen auf einem ähnlichen hohen Niveau wie im vergangenen Jahr. Sie ist damit fast drei Mal so hoch wie die durchschnittliche Ausfalldauer aller Diagnosegruppen (11 Tage) und seit 2012 um 4 Tage (knapp 15 %) gestiegen.

Mit 5,6 AU-Tagen je Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung weist der Wirtschaftszweig „Gesundheit und Soziales“ einen stark überdurchschnittlichen Wert auf (Durchschnitt aller Wirtschaftszweige: 3,6 Tage). Weitere Zweige mit stark überdurchschnittlichen Werten sind „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“ (5,1 Tage) und „Erziehung und Unterricht“ (4,5 Tage).

Mit 42 % ist zudem ein Großteil der vorzeitigen Renteneintritte wegen verminderter Erwerbsfähigkeit auf psychische Belastungen zurückzuführen. Gegenüber 2002 bedeutet das einen deutlichen Anstieg um 14 Prozentpunkte.

Auch die volkswirtschaftlichen Kosten durch psychische und Verhaltensstörungen erreichten 2022 einen neuen Höchststand: Die Produktionsausfallkosten überstiegen mit 17,2 Mrd. Euro den Vorjahreswert um 8,9 %, der Ausfall an Bruttowertschöpfung überstieg mit 30,2 Mrd. Euro den Vorjahreswert um 11,4 %.

Die Bundesregierung räumt zwar ein, dass Beschäftigte durch aktuelle Krisen und anhaltenden Entwicklungen (Digitalisierung, Dekarbonisierung, demografische Wandel und Fachkräftemangel) mit neuen Belastungsanforderungen konfrontiert sind, die die psychische Gesundheit beeinflussen können (siehe Antwort Frage 14). Die Vorhaben der Bundesregierung zur Reduzierung der psychischen Belastung in der Arbeitswelt bleiben vor diesem Hintergrund allerdings wagen und dürften kaum geeignet sein, um eine zeitnahe Trendumkehr bei den Zahlen herbeizuführen (siehe Antwort Frage 15).

### **O-Ton Susanne Ferschl:**

"Steigende Arbeitsbelastung, Personalmangel und neue Anforderungen durch Digitalisierung führt zu einer kontinuierlichen Zunahme von psychischen Belastungen. Besonders betroffen sind Beschäftigte in Bereichen wie der Kranken- und Altenpflege, in KiTas oder Schulen. Das ist fatal für die Gesundheit der Beschäftigten und gefährdet gleichzeitig die Daseinsvorsorge. KiTas müssen immer wieder schließen, weil Erzieherinnen und Erzieher ausfallen - das hat auch Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Eltern. In der Pflege herrscht Personalnotstand und Beschäftigte wandern in die Leiharbeit ab oder steigen komplett aus dem Beruf aus, um ihre Gesundheit zu schützen. Das sind katastrophale Entwicklungen! Die Bundesregierung muss endlich handeln, Geld in die Hand nehmen und konkrete Maßnahmen treffen, um den Teufelskreislauf aus Überlastung und Personalmangel zu durchbrechen. Die Linke fordert eine Anti-Stress-Verordnung, flächendeckende Arbeitsschutzkontrollen und Personalbemessungsgrenzen."

## Ergebnisse im Einzelnen

### Frage 1: AU-Tage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen

	Psychische und Verhaltensstörungen			Anteil an allen Diagnosen	
	Frauen	Männer	Insg.	Frauen	Männer
2022	77 Mio. Tage	53 Mio. Tage	130 Mio. Tage	19,27 %	13,31 %
2021	75 Mio. Tage	51 Mio. Tage	126 Mio. Tage	24,93 %	16,73 %
2020	71 Mio. Tage	48 Mio. Tage	119 Mio. Tage	23,24 %	15,69 %
2012	40 Mio. Tage	25 Mio. Tage	65 Mio. Tage	19,33 %	11,76 %
2002	37 Mio. Tage	24 Mio. Tage	61 Mio. Tage	17,57 %	10,62 %

Gegenüber dem Vorjahr ist sowohl bei Frauen (+2 Mio./ +2,7%) als auch bei Männern (+2 Mio./+3,9 %) ein weiterer Zuwachs an AU-Tagen zu verzeichnen. Gegenüber 2020 Von 2010 auf 2022 haben sich die Arbeitsunfähigkeitstage mehr als verdoppelt.

Mit einem Anteil von je ca. 20 % an allen Diagnosen sind Frauen im Alter von 30 bis 40 Jahren und 60 bis 65 Jahren insgesamt am stärksten von Ausfällen aufgrund psychischer und Verhaltensstörungen betroffen. Bei Männer ist die Altersgruppe zwischen 30-45 mit einem Anteil von ca. 15 % am stärksten betroffen.

### Frage 2: Durchschnittlichen AU-Tage je 100 AKV-Mitglieder (Pflicht- und freiwillige Mitglieder) in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen

	Psychische und Verhaltensstörungen		Anteil an allen Diagnosen	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
2022	218 Tage je 100 Mitglieder	138 Tage je 100 Mitglieder	19 %	13 %
2021	198 Tage	144 Tage	25 %	17 %
2020	188 Tage	136 Tage	23 %	16 %
2012	110 Tage	75 Tage	22 %	15 %

Werte für 2021, 2020, 2012 siehe [Drucksache 20/9263 \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/Drucksache20/9263), Anlage 3)

Die Zahl der AU-Tage je 100 Mitglieder hat sich bei weiblichen Versicherten gegenüber dem Vorjahr deutlich noch einmal gesteigert (+20 Tage). Gegenüber 2012 haben sie die AU-Tage sowohl bei Frauen als auch bei Männern beinahe verdoppelt (Frauen: x 1,98; Männer: x 1,84).

### Frage 3: Wirtschaftszweige mit erhöhten Durchschnittszahlen in der Diagnosegruppe psychischen und Verhaltensstörungen

Die Bundesregierung verweist zur Beantwortung auf Tabelle TD 9 (Tabellenteil) des Berichts „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit - Berichtsjahr 2022“ (<https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/Suga-2022.html>)

Der durchschnittliche Wert für alle Wirtschaftszweige liegt für 2022 3,6 AU-Tage je GKV-Mitglied infolge von psychischen und Verhaltensstörungen. Stark überdurchschnittliche Werte weisen auf:

- Gesundheits- und Sozialwesen: 5,6 Tage
- Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung: 5,1 Tage
- Erziehung und Unterricht: 4,5 Tage

Frage 4: vorzeitige Renteneintritte wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen

Berichtsjahr	2022			2021			2020		
	Männl.	Weibl.	Insg.	Männl.	Weibl.	insg.	Männl.	Weibl.	Insg.
Renten wg. Verminderter Erwerbsfähigkeit ins.	78.188	85.719	163.907	79.386	86.417	165.803	84.640	91.168	175.808
Darunter: psych. Störungen	27.751	41.546	69.297	27.419	41.729	69.148	29.437	43.553	72.990
Anteil in Prozent	35,5	48,5	<b>42,3</b>	34,5	48,3	<b>41,7</b>	34,8	47,8	<b>41,5</b>

Berichtsjahr	2012			2002		
	Männl.	Weibl.	Insg.	Männl.	Weibl.	insg.
Renten wg. Verminderter Erwerbsfähigkeit ins.	92.166	85.517	178.683	102.710	73.304	176.014
Darunter: psych. Störungen	32.516	41.944	74.460	23.784	26.036	49.820
Anteil in Prozent	35,3	48,5	<b>41,7</b>	23,2	35,5	<b>28,3</b>

Der Anteil psychischer Belastungen an Vorzeitigen Renteneintritten ist gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen (+0,6 %)

Bei vorzeitigen Renteneintritten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit machen psychische Belastungen weiterhin den Löwenanteil aus mit über 40 Prozent gesamt (48,5 % bei Frauen, 35,5 % bei Männern).

Frage 5: durchschnittlichen Ausfallzeiten bei psychischen Erkrankungen

Die Bundesregierung verweist zur Beantwortung auf Tabelle TD 9 (Tabellenteil) des Berichts „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit - Berichtsjahr 2022“ (Suga 2022) (<https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/Suga-2022.html>)

Die durchschnittlichen Ausfallzeiten bei psychischen und Verhaltensstörungen lag 2022 bei 32,0 Tagen. Das ist deutlich mehr als der Durchschnitt aller Diagnosegruppen (11 Tage; siehe Tabelle TD2,

Suga 2022). Gegenüber 2021 ist der Wert fast unverändert (32,6; -0,6). Gegenüber 2012 ist die durchschnittliche Ausfallszeit um 4 Tage gestiegen (siehe [Drucksache 20/9263 \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/Drucksache20/9263)).

#### Frage 6: Volkswirtschaftliche Kosten durch psychische Erkrankungen

Zur Beantwortung der Frage verweist die Bundesregierung auf Suga 2022, Tab.6, Suga 2021, Tab. D2 und die Antwort auf die Kleine Anfrage 20/3671.

#### Kosten 2022

**Tab. 6** Produktionsausfallkosten und Ausfall an Bruttowertschöpfung nach Diagnosegruppen 2022

ICD 10	Diagnosegruppe	Arbeitsunfähigkeitstage		Produktionsausfallkosten		Ausfall an Bruttowertschöpfung	
		Mio.	%	Mrd. €	vom Bruttonational-einkommen in %	Mrd. €	vom Bruttonational-einkommen in %
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	129,8	14,6	17,2	0,4	30,2	0,8
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	34,7	3,9	4,6	0,1	8,1	0,2
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	179,6	20,2	23,8	0,6	41,8	1,0
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	31,1	3,5	4,1	0,1	7,2	0,2
M00–M99	Krankheiten des Muskel-Skelettsystems und des Bindegewebes	161,8	18,2	21,5	0,5	37,7	0,9
S00–T98, V01–X59	Verletzungen, Vergiftungen und Unfälle	76,4	8,6	10,1	0,3	17,8	0,4
alle anderen	Übrige Krankheiten	275,6	31,0	36,6	0,9	64,2	1,6
I–XXI	<b>Alle Diagnosegruppen</b>	<b>888,9</b>	<b>100,0</b>	<b>118,0</b>	<b>2,9</b>	<b>207,1</b>	<b>5,1</b>

Quelle: verschiedene Krankenkassenverbände, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Statistisches Bundesamt), eigene Berechnungen der BAuA  
Rundungsfehler

Quelle:

[BAuA - baua: Bericht - Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit - Berichtsjahr 2022 - Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin](https://www.baua.de/DE/Angebote/Berichte/Bericht_Sicherheit_Gesundheit_Bei_der_Arbeit/Berichtsjahr_2022/Berichtsjahr_2022_Bundesanstalt_fuer_Arbeitsschutz_und_Arbeitsmedizin.pdf)

#### Kosten 2021

**Tab. D 2:** Produktionsausfallkosten und Ausfall an Bruttowertschöpfung nach Diagnosegruppen 2021

ICD 10	Diagnosegruppe	Arbeitsunfähigkeitstage		Produktionsausfallkosten		Ausfall an Bruttowertschöpfung	
		Mio.	%	Mrd. €	vom Bruttonational-einkommen in %	Mrd. €	vom Bruttonational-einkommen in %
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	123,3	17,7	15,8	0,4	27,1	0,7
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	33,9	4,9	4,3	0,1	7,4	0,2
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	72,2	10,3	9,2	0,2	15,8	0,4
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	30,1	4,3	3,8	0,1	6,6	0,2
M00–M99	Krankheiten des Muskel-Skelettsystems und des Bindegewebes	160,7	23,0	20,5	0,6	35,2	0,9
S00–T98, V01–X59	Verletzungen, Vergiftungen und Unfälle	74,6	10,7	9,5	0,3	16,4	0,4
alle anderen	Übrige Krankheiten	203,1	29,1	26,0	0,7	44,5	1,2
I–XXI	<b>Alle Diagnosegruppen</b>	<b>697,9</b>	<b>100,0</b>	<b>89,2</b>	<b>2,4</b>	<b>153,1</b>	<b>4,1</b>

Quelle: verschiedene Krankenkassenverbände, eigene Berechnungen der BAuA  
Rundungsfehler

**Kosten 2020, 2019, 2011, 2001**

Tabelle 6: Produktionsausfallkosten und Ausfall an Bruttowertschöpfung aufgrund von Psychischen und Verhaltensstörungen 2020, 2019, 2011 und 2001

Jahr	Produktionsausfallkosten und Ausfall an Bruttowertschöpfung		Psychische und Verhaltensstörungen (F00-F99)	Alle Diagnosegruppen
2020	Produktionsausfallkosten	Milliarden €	14,6	86,8
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,4	2,5
	Ausfall an Bruttowertschöpfung	Milliarden €	24,3	144,0
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,7	4,2
2019	Produktionsausfallkosten	Milliarden €	14,4	87,6
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,4	2,5
	Ausfall an Bruttowertschöpfung	Milliarden €	24,5	148,7
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,7	4,2
2011	Produktionsausfallkosten	Milliarden €	5,9	46,0
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,2	1,8
	Ausfall an Bruttowertschöpfung	Milliarden €	10,3	80,0
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,4	3,1
2001	Produktionsausfallkosten	Milliarden €	3,0	44,8
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,1	2,2
	Ausfall an Bruttowertschöpfung	Milliarden €	4,7	70,8
		vom Bruttonationaleinkommen in %	0,2	3,4

Quelle: Tabelle 10/11/C2 aus SuGA 2020, SuGA 2019, SuGA 2011, SuGA 2001; Daten: verschiedene Krankenkassenverbände, eigene Berechnungen der BAuA

Quelle: [Drucksache 20/3671 \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/Drucksache/20/3671)

Die Produktionsausfallkosten aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen sind 2022 erneut auf einen neuen Höchststand von 17,2 Mrd. Euro gestiegen; der Ausfall an Bruttowertschöpfung überstieg mit 30,2 Mrd. Euro den Vorjahreswert um 11,4 % (im Gegensatz zu + 6,3 % bei allen Diagnosegruppen). Zugleich ist allerdings auch der Produktionskostenausfall und der Ausfall an Bruttowertschöpfung über alle Diagnosegruppen deutlich gestiegen (+32,0 % bzw. + 35,3 % ggü. 2021)

Frage 7: Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastung

Trotz der deutlichen Zunahme an Ausfällen aufgrund psychischer und Verhaltensstörungen liegen der Bundesregierung keine aktuellen Daten zum Anteil der Beschäftigten vor, für die eine Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen durchgeführt wurde. Die Regierung verweist auf eine KA aus dem Jahr 2019, die Zahlen für die Jahre 2011 bis 2015 enthält ([Drucksache 19/10801 \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/Drucksache/19/10801))

Frage14: Erklärung der Bundesregierung für Anstieg der psychischen Erkrankungen

„Die Ursachen für Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von psychischen Erkrankungen sind vielfältig. Neben gesamtgesellschaftlichen Faktoren wie den Folgen der aktuellen Krisen (u. a. der COVID-19-Pandemie) werden die Ursachen auch in der größer werdenden Offenheit im Umgang mit

psychischen Erkrankungen vermutet. Bedingt durch die Krisen sowie anhaltenden Entwicklungen wie Digitalisierung, Dekarbonisierung, dem demografischen Wandel und dem anhaltenden Fachkräftemangel ist die Arbeitswelt in vielen Bereichen besonderen Veränderungsdynamiken ausgesetzt. In der Folge ergeben sich neue Belastungsanforderungen an die Beschäftigten, die die psychische Gesundheit beeinflussen können. Die genauen Ursachen für die Entwicklung der arbeitsbezogenen Anforderungen sind jedoch schwer empirisch zu belegen.“ ([Drucksache 20/9263 \(bundestag.de\)](#))

#### Frage 15: Maßnahmen der Breg zur Reduzierung der psychischen Belastung

„Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, sich in dieser Legislaturperiode intensiv mit dem Thema „Psychische Gesundheit“ zu befassen und einen Mobbing-Report zu erstellen (KoalV, S. 72). Dafür wurde im Rahmen des Programms ARBEIT: SICHER+GESUND des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ([www.arbeit-sicher-und-gesund.de/](http://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/)) eine „Politikwerkstatt Psychische Gesundheit“ gestartet. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden in konkrete Schritte für den im Koalitionsvertrag vereinbarten Aktionsplan „Gesunde Arbeit“ überführt.“

„In der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) haben sich die Träger (Bund, Länder und Unfallversicherungsträger) mit Unterstützung der Sozialpartner auf das Ziel „Miteinander und systematisch für gute Arbeitsgestaltung bei psychischer Belastung“ geeinigt und führen seit 2013 unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein Arbeitsprogramm für eine bessere Arbeitsgestaltung hinsichtlich psychischer Belastungsfaktoren durch.“